

27.01.2021

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/7750

Effektive Kriminalprävention durch eine Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit

Berichterstatter

Abgeordneter Daniel Sieveke

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/7750 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 14.01.2021/Ausgegeben: 28.01.2021

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/7750 - wurde vom Plenum am 13. November 2019 einstimmig an den Innenausschuss überwiesen; die abschließende Beratung und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen.

Wegen der flächendeckenden Verringerung der Straßenkriminalität und der Gewaltdelikte im öffentlichen Raum nach Durchführung eines im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Köln von 2003 bis 2006 liegenden Modellprojekts, soll der sozialraumorientiert arbeitende Bezirks- und Schwerpunktdienst personell nachhaltig gestärkt werden. Ein Rahmenkonzept für sozialraumorientierte Polizeiarbeit in NRW soll entwickelt und den Kreispolizeibehörden zur Verfügung gestellt werden, um ortsspezifisch weiterentwickelt werden zu können. Zwischen den Akteuren soll ein regelmäßiger Austausch etabliert werden.

B Beratung

Der Innenausschuss hat sich mit dem Antrag in seinen Sitzungen am 20. November 2019, 3. September 2020 und 14. Januar 2021 befasst. Das Beratungsverfahren verzögerte sich im Jahr 2020 wegen der zu Beginn des Jahres 2020 auftretenden COVID 19-Pandemie.

In der Sitzung am 20. November 2019 wird eine Anhörung von Sachverständigen beschlossen, die letztlich am 3. September 2020 als Präsenzveranstaltung durchgeführt wird. Die geladenen Sachverständigen sind der Einladung 17/1419 zu entnehmen.

Die Sachverständigen waren gebeten, im Vorfeld der Anhörung schriftlich Stellung zu dem Antrag zu nehmen. Dem Innenausschuss lagen zur Anhörung folgende Stellungnahmen vor:

Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	Stellungnahme 17/2196
Udo Behrendes, Leitender Polizeidirektor a.D.	Stellungnahme 17/2217
Deutsche Polizeigewerkschaft Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V.	Stellungnahme 17/2218
DPT - Deutscher Präventionstag gemeinnützige GmbH, Hannover, Erich Marks	Stellungnahme 17/2302
Dr. Daniela Hunold Landeskriminalamt Bremen, Polizei Bremen Referat für Analyse und Forschung	Stellungnahme 17/2304

In der Anhörung nahmen der Landkreistag Nordrhein-Westfalen, die Deutsche Polizeigewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V., sowie der Leitende Polizeidirektor a.D. Udo Behrendes mündlich Stellung. Die Anhörung ist mit Ausschussprotokoll 17/1102 dokumentiert.

Die Auswertung der Anhörung sowie die abschließende Beratung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung finden auf Wunsch der antragstellenden Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mehr im Jahr 2020 statt.

Zur Beratung in der Sitzung am 14. Januar 2021 liegt mit Drucksache 17/12289 (Neudruck) ein Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Abstimmung im Innenausschuss vor.

Für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die von ihr als gut gewertete Anhörung das Ansinnen der Fraktion als wichtiges Konzept herausgestellt. Die vom Sachverständigen Behrendes vorgetragenen Zahlen seien positiv und sprächen für eine Stärkung der sozialraumorientierten Polizeiarbeit. Die Anregung von Sachverständigen, die Erhöhung der Stellen mittelfristig vorzusehen, wolle die Fraktion mit dem vorliegenden Änderungsantrag aufgreifen. An der Forderung nach einem Rahmenkonzept wolle die Fraktion trotz Kritik festhalten.

Die Fraktion der CDU unterstützt im Grundsatz das Anliegen. Sie sieht jedoch nicht die Polizei im Vordergrund, zumal die erforderliche Verdoppelung des Personals schwerlich möglich ist. In der Stellungnahme des Landkreistages beurteilt dieser die Forderungen der GRÜNEN kritisch und erachtet auch zusätzliche Sockelstellen als wenig hilfreich, da diese den gewichtigen flexiblen Kräfteinsatz verhindern.

Sodann werden die Anträge zur Abstimmung gestellt.

C Abstimmung

Der Innenausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/12289 (Neudruck) - mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Innenausschuss empfiehlt gleichfalls mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den somit unveränderten Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/7750 - abzulehnen.

Daniel Sieveke
Vorsitzender